

## Kooperative Gerechtigkeit – blühende Landschaft?

### Die Standortvereinbarung nach § 10 Abs. 4 S. 3 Standortauswahlgesetz: zur Einführung

2031, 2046 oder doch womöglich erst 2068? Der Zeitrahmen für die Standortentscheidung für ein Endlager ist im laufenden Verfahren verlängert worden. Im Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle (Standortauswahlgesetz – StandAG)<sup>1</sup> ist die Festlegung des Standortes nach § 1 Absatz 5 Satz 2 für das Jahr 2031 angestrebt. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), zuständig nach § 3 für die Erkundung des Standortes, hat nach Abschätzung des zu leistenden Untersuchungsaufwandes einen neuen Zeitraum bekanntgegeben (BGE 2022; noch konservativer in der Prognose: BASE 2022; vgl. auch Röhlig 2023; König 2023). Dies hat weitreichende Implikationen, von denen die rechtlichen Auswirkungen bislang vergleichsweise geringe Beachtung gefunden haben. Vor allem die neugeschaffene Rechtsfigur der Standortvereinbarung, die nach § 10 Absatz 4 Satz 3 im Umfeld der Standortentscheidung abgeschlossen werden soll, könnte ihre praktische Anwendung möglicherweise erst in über 40 Jahren erfahren. Es geht im Kern um einen (finanziellen) Ausgleich für die Ansiedelung eines Endlagers.

Jetzt das Thema aufzugreifen, ließe sich allein mit wissenschaftlicher Neugierde begründen, mit dem Interesse, eine Materie zu ergründen, die bisher nicht aufgearbeitet und durchdrungen ist, und gleichzeitig gibt es auch eine praktische Relevanz: Die kommenden Regionalkonferenzen als Teil der großangelegten Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahlverfahren sollen nach § 10 Absatz 1 Satz 1 die intensivere Erkundung bestimmter weniger möglicher Standorte begleiten und alle die Standortsuche betreffenden Fragen – insbesondere Sicherheitsaspekte – behandeln. Parallel dazu soll im Anschluss an vorangehende fachliche Vorarbeiten an Konzepten zur Förderung der Regionalentwicklung gearbeitet werden (vgl. auch AK End 2002: 224). Das Gesetz zieht in § 10 Absatz 4 Satz 3 mit der Wortwahl „und“ eine Verbindung zur Beteiligung an der Standortvereinbarung. Außerdem erhalten die Regionalkonferenzen zuvor schon Gelegenheit zur Stellungnahme bei der Erarbeitung der sozioökonomischen Potenzialanalysen nach § 16 Absatz 1 Satz 3, die eine wichtige Grundlage für die zu erarbeitenden Regionalentwicklungskonzepte darstellen. Die Idee ist, dass kontinuierlich an möglichen Entwicklungsperspektiven gearbeitet werden soll, um der Ansiedelung eines Endlagers eine positiv konnotierte Entwicklungschance für die Standortregion beizufügen (EK 2016: 41; Ipsen 2006: 114). Der Zeitpunkt, zu dem der Themenkreis im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung angeschnitten wird, liegt also schon in wenigen Jahren – derzeit voraussichtlich 2027 (Kühn, Dolle 2024; BGE 2022: 11). Insofern besteht auch zeitnah Klärungsbedarf. Zumal die Thematik wiederholt bei öffentlichen Veranstaltungen wie der Endlagertagung in Loccum 2022 zum Thema gemacht wurde (Oppen, Smeddinck 2024).

1 Vom 5. Mai 2017 (BGBl. I S. 1074), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88).

Als anschauliches Beispiel kann die Entwicklung in der Schweiz dienen. Dort ist bereits eine Standortregion benannt, in der ein Endlager realisiert werden soll (Smeddinck, Eckhardt, Kuppeler 2022: 13).

Sogenannte Abgeltungen spielen dort nicht nur aktuell eine Rolle (vgl. Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages 2023). Die Thematik ist seit vielen Jahren aufwendig vorbereitet worden (z. B. Krütli 2010; Bonev et al 2022).<sup>2</sup> Derzeit verhandelt im Auftrag des Branchenverbandes der Schweizer Kernkraftbetreiber ein ehemaliger Botschafter mit den Standortgemeinden, um eine akzeptable Lösung für die ‚Entschädigungsgelder‘ auszuhandeln (Ollk 2023). „Noch in diesem Jahr beginnen die Verhandlungen darüber, welche Abgeltungen die Gemeinden für das Atomendlager erhalten sollen.“<sup>3</sup>

Weitergehend hat das Thema der Kompensationen für die Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen auch bereits den Weg in die Welt der Graphic Novels, konkret in den Band „Das Recht der Erde“ von Étienne Davodeau, gefunden. In der Sichtweise des Autors – einem der auftretenden Charaktere in den Mund gelegt – kommt der Ansatz weniger gut weg: „Außerdem kommen sie natürlich, mit viel Geld. Mit viel Geld und dem Versprechen, neue Jobs zu schaffen. (...) Sie zahlen für Anlagen, Gehsteige, Straßenlaternen. Es ist läppisch, aber die Leute lassen sich davon verführen“ (Davodeau 2023: 117).

Damit reiht sich das Thema Standortvereinbarung in generelle Überlegungen und Aktivitäten zu finanziellen Anreizen im Zusammenhang mit der Realisierung sonstiger (großer) wie unbeliebter Infrastrukturvorhaben ein (Durner 2011; Steinberg 2011; Hohmuth 2015), aber auch in Bemühungen um eine kooperative Governance-Struktur, die den wechselseitigen Nutzen erlebbar und gestaltbar macht (vgl. Bornemann, Haus 2019: 40 ff.; Kelly, Mbah 2024; Böhm, Kersten 2023; Kluth 2019: 135 ff.; vgl. auch Sennett 2012: 360 ff.) und die Widerstände abzumildern verspricht.

## A. Kompensationen für ein Endlager im wissenschaftlichen Fokus

Sehr rasch ist der finanzielle Ausgleich für ein Endlager in das Blickfeld wissenschaftlichen Interesses geraten. Bereits im interdisziplinären Verbundprojekt „ENTRIA-Entsorgungsoptionen für radioaktive Reststoffe“ (2013–2018) sind eine Reihe von Publikationen und eine wissenschaftliche Veranstaltung zum Thema zu verzeichnen. Inhaltlich wurde insbesondere die Frage verfolgt, ob Kompensationen eine verwerfliche Beeinflussung des Staates darstellen, um (legitimen) Widerstand gegenüber einem Endlager zu verringern (Di Nucci 2016: 130 f. m. w. N.). Demgegenüber wurde auch auf die Mit-Verantwortung der Atomstrom-Verbraucher (Ott, Riemann 2018) und die Entwicklung hin zu Kompensationen als Element der Realisierung großer Infrastrukturanlagen in einer widerstandsgeneigten Gesellschaft herausgearbeitet (Smeddinck 2018). Auch der Asse-Stiftungs-Fonds wurde als ein praktischer und bereits aktiver Mechanismus des Ausgleichs gewürdigt (Weisensee 2018). Darüber hinaus wurden etwa Kompensationen im internationalen Vergleich als Basis für Lösungen in Deutschland diskutiert (Emanuel 2021: 474 ff.).

2 Vgl. insbesondere den Beitrag von Jordi in diesem Band.

3 SDA, Tages-Anzeiger v. 29.5.2024.

Ebenso überraschend wie irritierend war dann die Erwähnung der Standortvereinbarung im 2017 fortentwickelten StandAG (Smeddinck 2017; Wollenteit 2018) in § 10 Absatz 4 Satz 3. Angesichts knapper Ressourcen und im Sinne der Nachwuchsförderung wurde das Thema in die juristische Ausbildung an der Universität Halle eingespeist, wo frühzeitig zwei Qualifikationsarbeiten entstanden. Auf einem der ersten Arbeitstreffen des Forschungsverbundes „TRANSENS – Transdisziplinäre Forschung zur Entsorgung hochradioaktiver Abfälle“ in Braunschweig 2021 wies der Leiter der Forschungsabteilung des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) auf die Standortvereinbarung als notwendig zu bearbeitendes Thema der Grundlagenforschung hin.

Im Rahmen der transdisziplinären Forschung im TRANSENS-Verbund wurde das Thema dann dezidiert im Workshop „Finanzieller Ausgleich für ein Endlager“ des transdisziplinären Arbeitspaketes „DIPRO – Dialoge und Prozessgestaltung an der Schnittstelle von Recht, Gerechtigkeit und Governance“ am 7. und 8. Mai 2022 in Karlsruhe aufgegriffen. Hier war ein Dreiklang von Formaten für die Praxispartner:innen und Mitglieder der DIPRO-Begleitgruppe, einer Gruppe, die die Forschungsarbeit von DIPRO über die gesamte Zeit des TRANSENS-Verbundes von 2019–2025 begleitet (Themann, Hassel, Präger, Riemann, Smeddinck 2021), zur Auseinandersetzung mit dem Thema angelegt: Im Rich-Picture-Format wurden Belastungen wie auch mögliche positive Entwicklungen, die die Ansiedelung eines Endlagers für die Standortgemeinde konkret bedeutet, von den Teilnehmer:innen gemeinsam auf Papier gebracht. In einem eigens kreierte Rollenspiel haben die Teilnehmer:innen in Rollen mit unterschiedlichen fiktiven Bezügen und Betroffenheiten in der Endlagerstandortgemeinde argumentativ vertreten, warum sie mit ihrem Anliegen eine finanzielle Kompensation bekommen müssten (Hassel 2024). Das verblüffende Ergebnis war: die Teilnehmer:innen sprachen sich am Ende gegen individuelle Kompensationen aus. In einer Art dialektischem und didaktischem Umschlagen wurden die selbst formulierten Argumente und Begründungen letztlich als unpassend und egoistisch empfunden. In einem weiteren Format ‚Idea Tree‘ wurden von den Teilnehmer:innen umfangreiche Merkposten, Hinweise, Anregungen und Wünsche bezogen auf die Standortvereinbarung formuliert und gesammelt (Scharpf, Hassel, Sierra im Erscheinen; vgl. auch oN 2024: 99 f.).

Ein gutes Jahr später war dann der Zeitpunkt gekommen, die Thematik im Rahmen eines interdisziplinären Workshops aufzugreifen, der in diesem Sammelband dokumentiert wird. Für die verschiedenen Vorträge und Aufarbeitungen sollten die transdisziplinär generierten (unveröffentlichten) Anregungen und Hinweise aufgenommen werden. Das verspricht eine intensive Bearbeitung der Themen. Es ist Teil des Erkenntnisprozesses über die Standortvereinbarung und der sinnstiftenden Anwendung transdisziplinärer Forschung, wenn solche Ergebnisse nicht ‚im Regal liegenbleiben‘, sondern produktiv weiterverarbeitet werden.

Die hier vorgelegten Texte – erweitert um zwei weitere Beiträge zur ethischen Analyse von Kompensationsansprüchen und zusammenfassend über die Aktivitäten und Bemühungen in der Schweiz, wo das, was in Deutschland in einer mehr oder minder fernen Zukunft liegt, bereits in der Gegenwart praktisch erprobt wird (Smeddinck, Eckhardt, Kuppler 2022: 13) – können selbst wiederum als Material zu weiteren wissenschaftlichen Erörterungen genutzt werden. Aus TRANSENS heraus promoviert eine Kollegin disziplinär zur Standortvereinbarung am Juristi-

schen Bereich der Universität Halle-Wittenberg. Das BASE lässt seit 2023 ein Gutachten über „Rechtswissenschaftliche Grundlagen zur Standortvereinbarung im Standortauswahlverfahren (REST)“ bearbeiten (Auftragnehmer: Öko-Institut, KIT/ITAS), das ebenfalls von den hiesigen Vorarbeiten profitieren kann.

Zwischenzeitlich hat auch im Mai 2023 an der Akademie für Raumentwicklung der Arbeitskreis „Endlagersuche für radioaktiven Abfall in Deutschland – Zur Rolle von Raumplanung und Raumentwicklung“ seine Arbeit aufgenommen. Er widmet sich im Schwerpunkt den planungswissenschaftlichen und -praktischen Abwägungskriterien bei der Endlagersuche, will sich aber auch mit sozioökonomischen Kriterien und Beteiligungsfragen auseinandersetzen (ARP 2023).

Die Standortvereinbarung ist gedacht als ein rechtliches Instrument, um den vergangenen Protesterfahrungen aus der deutschen Nuklearhistorie Rechnung zu tragen: Es soll etwaige Ungerechtigkeiten abdämpfen und einen potenziell als ungerecht empfundenen Standortentscheid mit einer Entwicklungsperspektive für die betreffende Region verknüpfen. Bislang besteht wenig Wissen dazu – sowohl aus rechtlicher, philosophischer als auch empirischer Perspektive –, ob und wie eine Standortvereinbarung dieser Aufgabe gerecht werden kann. Rein auf dem Papier sieht sich die Standortvereinbarung mit den hohen Ansprüchen konfrontiert, zur empfundenen Gerechtigkeit eines Endlagerstandortes beizutragen und gleichzeitig eine Region zum ‚Aufblühen‘ zu bringen. Der vorliegende Band stellt die ersten wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit diesem neuen Rechtsvehikel dar, zeigt Herausforderungen und Potenziale als auch möglicherweise übertragbare praktische Erkenntnisse auf. Aufmerksame Leser:innen kann somit die Frage begleiten, ob und wie die Standortvereinbarung tatsächlich zu einer kooperativen Gerechtigkeit und blühenden Landschaft beitragen kann, wie es der Titel dieses Bandes nahelegt.

## B. Zu den Beiträgen

Bisher ist die Standortvereinbarung auch und gerade rechtswissenschaftlich als Thema kaum durchdrungen. Im ersten Zugriff wird der Regelungszusammenhang dargestellt und die Abgrenzung zur (gesetzlichen) Entscheidung über den Standort eines Endlagers verdeutlicht. Die Ausdeutung des ungebräuchlichen Begriffs und die Akzentuierung der regulatorischen Bedeutung als ein Element der Konfliktlösung schließen sich an. ULRICH SMEDDINCK greift im Weiteren die Entwicklung des regionalen „Raumes“ und die Erarbeitung von Konzepten der Regionalentwicklung als eine Möglichkeit kooperativer Gerechtigkeit sowie die unterbelichtete Betrachtung von Emotionen als einen Faktor der Konfliktgemengelage heraus, auf die die Standortvereinbarung reagieren kann. Erste Überlegungen zur gesetzlichen Ausgestaltung der Standortvereinbarung und zur Verallgemeinerbarkeit des Instruments runden den Beitrag ab.

LUCIA SCHARPF beschäftigt sich mit den Regelungen des deutschen Rechts sowie Grundlagen von Ausgleichsansprüchen für endlagerbedingte Belastungen. Sie lassen sich in zwei Kategorien einteilen: Zum einen die allgemeinen Regelungen über Schadensersatz und Nachteilsausgleich im Zusammenhang mit Infrastrukturanlagen. Zum anderen die endlagerspezifische Regelung im Standortauswahlgesetz (StandAG); sie sieht den Abschluss einer Standortvereinbarung vor. Der Beitrag illustriert, für welche endlagerbedingten Belastungen die allgemeinen Regelungen Abhilfe schaffen können. Daneben untersucht sie, ob die Standortvereinbarung Lösungsmöglich-

keiten für ein Problem eröffnet, das von den allgemeinen Regelungen nicht erfasst ist: finanzielle Nachteile für Gewerbetreibende am Endlagerstandort, die beispielsweise durch Umsatzausfälle oder Betriebsschließungen entstehen.

KONRAD OTT stellt Kompensationsansprüche in den Mittelpunkt und analysiert diese aus der Perspektive der Diskursethik mit dem Ziel, sie für die transdisziplinäre Forschung (mit Bürger:innen bzw. Praxispartner:innen) und für den öffentlichen Diskurs anschlussfähig zu machen. Er untersucht zunächst Kompensationsansprüche unter verschiedenen Aspekten: als die Forderung von Personen, denen zufolge a) ihnen oder anderen Personen b) aus verschiedenen Gründen c) eine Kompensation in einer bestimmten Höhe für d) eine Belastung zusteht. Als Basis für eine Debatte über Kompensationen klärt er anschließend die Rahmung von Kompensationen anhand der paradigmatischen Fälle der Wiedergutmachung, des Schadenersatzes und des Lastenausgleichs. Danach werden weitere Aspekte wie die Höhe der Kompensationen und Konkretisierung der Belastungen betrachtet. Für die transdisziplinäre Weiterentwicklung werden idealtypische Modelle von Kompensationen dargestellt und schließlich Ergebnisse von Bürgergesprächen zusammengefasst, die einen ersten Schritt der diskursethisch fundierten, transdisziplinären Erprobung darstellen.

Welches Konzept von Kompensationen ist aus ethischer Sicht für die Standortvereinbarung angemessen? Anhand einer Abgrenzung des Begriffs zeigt ROSA SIERRA, dass Kompensationen immer ein negatives Element, z. B. eine Belastung, voraussetzen und sich somit von Anreizen unterscheiden. Der Unterschied zum Schadenersatz ist hingegen nicht eindeutig und eine Abgrenzung dazu betrifft nicht die Begriffe, sondern die Gegenstände. Die Betrachtung von Vereinbarungen bzw. Verhandlungen mit (potentiellen) Endlagerstandorten ergibt, dass ihr Gegenstand nicht immer der Ausgleich von Belastungen, sondern auch die Anerkennung des Beitrags zur Problemlösung sowie die Hilfe bei der Umsetzung einer Zukunftsperspektive ist. Die Praxis der Kompensationen von Infrastrukturprojekten umfasst zudem sowohl monetäre als auch nicht monetäre Leistungen, die verschiedenen Zielen dienen können, u. a. die Förderung der Regionalentwicklung oder der Akzeptanz von und der nachhaltigen Beziehung zum Endlager. Der Beitrag bilanziert, dass eine Förderung der Regionalentwicklung zum Zweck des Lastenausgleichs in der Region ein ethisch angemessenes Konzept von Kompensation darstellt, weil es auf dem Prinzip der gerechten Verteilung von Lasten gründet. Das Konzept empfiehlt sich umso mehr, wenn die subjektive Risikowahrnehmung zu diesen Lasten gezählt wird.

Die sozio-ökonomische Potenzialanalyse wird von LUCAS SCHWARZ als ein Vehikel konturiert, um Kompensationsmaßnahmen sinnvoll einzusetzen. Sie dient nach dem Standortauswahlgesetz als Grundlage für die Arbeit an den Konzepten zur Regionalentwicklung und ist damit ein wichtiges Element in der Vorbereitung der Standortvereinbarung. Es ist eine umfassendere Betrachtung des Raumes erforderlich, um zufriedenstellende Kompensationen zu ermöglichen. Daher wird die sogenannte ‚raumverträgliche Potenzialanalyse‘ vorgeschlagen, die sich auf ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Aspekte stützt. Es wird auf Basis vergleichbarer wissenschaftlicher Vorarbeiten erörtert, welche konkreten Faktoren in die Analyse einbezogen werden können und welche zeitliche Variabilität zu berücksichtigen ist. Es erscheint notwendig, ein robustes Werkzeug für den sinnvollen Einsatz von Kompensationen zu entwickeln sowie bürgerliche Mitsprachemechanismen zu etablieren, um eine langfristige Robustheit der Kompensationsmaßnahmen sicherzustellen.

Es sind die Regionalkonferenzen, die Konzepte zur Förderung der Regionalentwicklung erarbeiten, die Grundlage und Gegenstand der letztendlichen Standortvereinbarung bilden. Diejenigen, die vom künftigen Endlagerstandort besonders betroffen sind, erhalten die Möglichkeit, Entwicklungsperspektiven und Maßnahmen zur Umsetzung zu formulieren. Natürlich können sozio-ökonomische Traditionen einfach fortgeschrieben werden. Allerdings können auch Ansätze und Methoden genutzt werden, neue Perspektiven zu entwickeln. CARSTEN HUTT stellt das Solution Lab als ein mögliches Format vor, neue Ideen zu generieren und so neue Entwicklungspotentiale zu erschließen. Nach Informationen über die Auswahl der Teilnehmer:innen erläutert er den Ablauf eines Solution Lab und verdeutlicht Organisation und Methode. Die exemplarische Darstellung der Ergebnisse hilft, den möglichen Ertrag von Solution Labs im Standortauswahlverfahren für ein Endlager abzuschätzen.

Was in Deutschland noch in der Zukunft liegt, ist in der Schweiz schon Gegenwart: Nachdem eine Standortregion für ein Endlager bestimmt worden ist, wird auch über einen finanziellen Ausgleich verhandelt. STEFAN JORDI bietet einen Überblick über Abgeltungen beim geologischen Tiefenlager in der Schweiz. Nach einer Einführung in die dortigen Verhältnisse geht er vertiefend auf Abgeltungen und sozio-ökonomische Auswirkungen eines Endlagers für schwach- und mittlerradioaktive sowie hochradioaktive Abfälle ein, bestimmt das Verständnis von Kompensationen in der Schweiz und berichtet über Verhandlungen über die vertragliche Regelung der Abgeltungen. Abgeltungen sind diejenige Form von Entschädigungen, die rein aus der Tatsache heraus entrichtet werden sollen, dass eine Standortregion eine Leistung für die Erfüllung einer gesellschaftlichen Aufgabe erbringt. Abschließende Empfehlungen, die die Erfahrung auch in anderen Ländern berücksichtigen, bieten die Chance aus einschlägigen, praktischen Erfahrungen zu lernen.

## Literaturverzeichnis

AKEnd-Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte (2002): Auswahlverfahren für Endlagerstandorte Empfehlungen des AkEnd, Köln: ohne Verlag.

ARL-Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (2023) AK „Endlagersuche für radioaktiven Abfall in Deutschland – Zur Rolle von Raumplanung und Raumentwicklung“, <https://www.arl-net.de/de/projekte/ak-endlagersuche-f%C3%BCr-radioaktiven-abfall-deutschland-zur-rolle-von-raumplanung-und> (zuletzt abgerufen am 03.04.2024).

BASE (2023): Ein Endlager für hochradioaktive Abfälle – generationenübergreifende Sicherheit: Stellungnahme zur ersten zeitlichen Betrachtung des Standortauswahlverfahrens der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH, Berlin: ohne Verlag, [file:///C:/Users/am0114/Downloads/20230223\\_BASE\\_Stellungnahme\\_Zeitablaufe\\_BGE-Bericht.pdf%3bjsessionid=5874DA2031844AE8F1B884A9A55DA889-1.pdf](file:///C:/Users/am0114/Downloads/20230223_BASE_Stellungnahme_Zeitablaufe_BGE-Bericht.pdf%3bjsessionid=5874DA2031844AE8F1B884A9A55DA889-1.pdf) (zuletzt abgerufen am 22.11.2023).

BGE (2022): Zeitliche Betrachtung des Standortauswahlverfahrens aus Sicht der BGE – Rahmen-terminplanung für Schritt 2 der Phase I bis zum Vorschlag der Standortregionen und zeitliche Abschätzung für Phase II und III, Peine: ohne Verlag, [https://www.bge.de/fileadmin/user\\_upload/Standortsuche/Wesentliche\\_Unterlagen/05\\_-\\_Meilensteine/Zeitliche\\_Betrachtung\\_des\\_](https://www.bge.de/fileadmin/user_upload/Standortsuche/Wesentliche_Unterlagen/05_-_Meilensteine/Zeitliche_Betrachtung_des_)

Standortauswahlverfahrens\_2022/20221216\_Zeitliche\_Betrachtung\_StandAW-48\_barrierefrei.pdf (zuletzt abgerufen am 22.11.2023).

Bonev, Petyo; Emmenegger, Rony; Forero, Laura; Ganev, Kaloyan; Simenova-Ganeva, Ralitsa; Söderberg, Magnus (2022): Nuclear waste in my backyard – social acceptance and economic incentives, University of St. Gallen, Discussion Paper no. 2022–15.

Bornemann, Basil; Haus, Michael (2019): Politische Beteiligung im Kontext post-liberaler Demokratie – Konzept und Kriterien governancialisierter Partizipationspraxis, in: Kluth, Winfried; Smeddinck, Ulrich (Hrsg.), Bürgerpartizipation – neu gedacht, Halle an der Saale: Universitätsverlag, S. 25–57.

Davodeau, Étienne (2023): Das Recht der Erde – Eine Erzählung über den Boden, der uns trägt, Hamburg: Carlsen.

Di Nucci, Maria Rosaria (2016): NIMBY oder IMBY – Akzeptanz, Freiwilligkeit und Kompensationen in der Standortsuche für ein Endlager, in: Brunnengräber, Achim (Hrsg.), Problemfälle Endlager – Gesellschaftliche Herausforderungen im Umgang mit Atommüll, Baden-Baden: Nomos, S. 119–143.

Durner Wolfgang (2011): Möglichkeiten der Verbesserung förmlicher Verwaltungsverfahren am Beispiel der Planfeststellung, Zeitschrift für Umweltrecht (ZUR), S. 354–363.

Emanuel, Florian (2021): Rechtliche Rahmenbedingungen für die Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Abfall (HAW) – Ein internationaler (Rechts-)Vergleich zwischen Deutschland, Kanada, Schweiz und Finnland, Baden-Baden: Nomos.

Endlager-Kommission (2016): Verantwortung für die Zukunft – Ein faires und transparentes Verfahren für die Auswahl eines nationalen Endlagerstandortes, Abschlussbericht der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe, Berlin: ohne Verlag, K-Drs. 268.

Hassel, Thomas (2024): Wie kann „Gutes Gelingen“ gelingen? Das Lernen von anderen als Wegbereiter für Akzeptanz einer Standortentscheidung für ein nationales Endlager für hochaktive wärmeentwickelnde Abfälle, in: Smeddinck, Ulrich; Berg, Margarita (Hrsg.), Ein Querschnitt durch die Forschung im transdisziplinären Arbeitspaket DIPRO – Inhalte und Reflektionen, TRANSENS-Bericht Nr. 12, Karlsruhe, Kiel: Selbstverlag, S. 34–38.

Heintel, Martin (2018): Regionalentwicklung, in: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, Hannover: ohne Verlag, S. 2007–2016.

Timo Hohmuth (2015): Bürgerwindparkausweisung im F-Plan? Zur Frage der Zulässigkeit einer Ausweisung von Bürgerwindparks im Rahmen der Flächennutzungsplanung, Berlin: BWV.

Ipsen, Detlev (2006): Bürgerbeteiligung und Regionalentwicklung am Standort für ein atomares Endlager, in: Hocke, Peter; Grunwald, Armin (Hrsg.), Wohin mit dem radioaktiven Abfall? Perspektiven für eine sozialwissenschaftliche Endlagerforschung, Berlin: edition sigma, S. 105–118.

Kelly, Ryan; Mbah, Melanie (2024): Regionale Energiewende-Governance zur Co-Transformation zukunftsfähiger Energieinfrastrukturen als Daseinsvorsorge im ländlichen Raum, Raumforschung und Raumordnung (RuR), S. 1–16.

Kluth, Winfried (2019): Der Beitrag der Infrastrukturgenossenschaften für eine nachhaltige Bürgerpartizipation, in: Kluth, Winfried; Smeddinck, Ulrich (Hrsg.), Bürgerpartizipation – neu gedacht, Halle an der Saale: Universitätsverlag, S. 135–147.

König, Wolfram (2023): „Esmussdarumgehen, Entscheidungsprozesse zu straffen“, Braunschweiger Zeitung v. 6.11.2023, <https://www.base.bund.de/SharedDocs/Interviews/BfE/DE/2023-11-03-koenig-braunschweiger-zeitung.html> (zuletzt abgerufen am 22.11.2023).

Krütli, Pius (2010): Radioactive Waste-Management – Justice and Decision-Making Processes in repository siting, Zürich: ohne Verlag.

Kühn, Christian; Dolle Andreas (2024): Bundesamts-Chef: Bald bis zu acht mögliche Endlager-Standorte – Interview mit Christian Kühn, Braunschweiger Zeitung v. 23.2.2024, S. THEMEN DES TAGES.

ollk, mata: Ex-Botschafter verhandelt mit den Atommüll-Gemeinden, Echo der Zeit v. 26.06.2023, <https://www.srf.ch/news/schweiz/lagerung-von-nuklearabfaellen-ex-botschafter-verhandelt-mit-den-atommuell-gemeinden> (zuletzt abgerufen am 22.11.2023).

oN-ohne Namen (2024): Ausgleichszahlungen – Gedankensplitter aus der Kleingruppenarbeit, in: Müller, Monika C. (Hrsg.), Die Suche nach einem Lager für hochradioaktive Abfälle – In der Schweiz und in Deutschland, Loccumer Protokolle Band 26/2022, Rehburg-Loccum: Selbstverlag, S. 99–100.

Oppen, Asta von; Smeddinck, Ulrich (2024): Über Geld spricht man nicht. Doch! Aber wann und wie? – Ein Beitrag aus Sicht einer Bürgerin und eines Wissenschaftlers, in: Müller, Monika C. (Hrsg.), Die Suche nach einem Lager für hochradioaktive Abfälle – In der Schweiz und in Deutschland, Loccumer Protokolle Band 26/2022, Rehburg-Loccum: Selbstverlag, S. 65–74.

Ott, Konrad; Riemann, Moritz (2018): „Volenti non fiat iniuriam“ – Freiwilligkeit und Bereitschaft bei der Übernahme von Standortverantwortung in: Ott, Konrad; Smeddinck, Ulrich (Hrsg.), Umwelt, Gerechtigkeit, Freiwilligkeit – insbesondere bei Kompensationen für ein Endlager, Berlin: BWV, S. 41–57.

Röhlig, Klaus-Jürgen (2023): Zum Zeitplan des Standortauswahlverfahren für die Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle in Deutschland, Internationale Zeitschrift für Kernenergie (atw) 4/2023, S. 52–61.

Scharpf, Lucia; Hassel, Thomas; Sierra, Rosa (im Erscheinen): (Finanzieller) Ausgleich für ein Endlager, TRANSENS-Bericht.

SDA (2024): Verhandlungen zu Abgeltungen starten im Herbst, Tages-Anzeiger v. 29.5.2024.

Sennett, Richard (2012): Zusammenarbeit – Was unsere Gesellschaft zusammenhält, Berlin: Hanser.



Smeddinck, Ulrich (2017): Die Fortentwicklung des StandAG – Novellierungen, Beispiele, Reflektionen, Europäisches Umwelt- und Planungsrecht (EurUP), S. 195–205.

Smeddinck, Ulrich (2018): „Freiwilligkeit“ bei der Realisierung eines Endlagers für Atommüll – zu Kompensationen ohne Beeinträchtigung konkreter Rechtspositionen, in: Ott, Konrad; Smeddinck, Ulrich (Hrsg.), Umwelt, Gerechtigkeit, Freiwilligkeit – insbesondere bei Kompensationen für ein Endlager, Berlin: BWV, S. 58–102.

Smeddinck, Ulrich; Eckhardt, Anne; Kuppler, Sophie (2022): Toward a repository for high-level radioactive waste – Perspectives and approaches, Zeitschrift für Technikfolgenabschätzung in Theorie und Praxis (TATuP) 3/2022, S. 11–17.

Steinberg, Rudolf (2011): Die Bewältigung von Infrastrukturvorhaben durch Verwaltungsverfahren – eine Bilanz, Zeitschrift für Umweltrecht (ZUR), S. 340–350.

Themann, Dörte, Thomas Hassel, Fabian Präger, Moritz Riemann, Ulrich Smeddinck (2021): Zur Besetzung der DIPRO-Begleitgruppe im TAP DIPRO, in: Ulrich Smeddinck (Hrsg.), Transdisziplinäre Entsorgungsforschung am Start – Basis-Texte zum transdisziplinären Arbeitspaket „DIPRO – Dialoge und Prozessgestaltung in Wechselwirkung von Recht, Gerechtigkeit und Governance“, TRANSENS-Bericht Nr. 2, Karlsruhe: Selbstverlag, S. 21–24.

Weisensee Claudius (2018): Ein Belastungsausgleich für das „Atomdreieck“ – Das Gesetz über die „Stiftung Zukunftsfonds Asse“, in: Ott, Konrad; Smeddinck, Ulrich (Hrsg.), Umwelt, Gerechtigkeit, Freiwilligkeit – insbesondere bei Kompensationen für ein Endlager, Berlin: BWV, S. 101–124.

Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages (2023): Zu den Verhandlungen über „Abgeltungen“ und „Kompensationen“ im Zusammenhang mit der Endlagersuche radioaktiver Abfälle in der Schweiz, Ausarbeitung v. 30.05.2023, WD 8–3000–016/23, abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/957622/1d8a0e01bb34f36b2471ccbe25b811ea/WD-8-016-23-pdf-data.pdf> (zuletzt abgerufen am 03.04.2024).

Wollenteit, Ulrich (2018): Das neue Standortauswahlgesetz – Ziele, Prinzipien, Akteure und neue Beteiligungsformate, Natur und Recht (NuR), S. 668–675.